

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 28

Ersteinst. Sonntag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 5. Juli 1925

Verlagsstelle: Berlin G. 2, Breitestr. 89 IV.
Fernruf: Wiertur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

Unser Verband im Jahre 1924. I.

In den letzten Tagen ist allen unseren Gau- und Zahlstellenverwaltungen der Jahresbericht unseres Verbandes für 1924 zugegangen. Die Herausgabe dieses Berichtes stellt auch eine Art Jubiläum dar, denn er erscheint jetzt zum 25. Male. Im Vorwort zum Bericht wird auf diese Tatsache aufmerksam gemacht und dazu gesagt, daß der Berliner Verbandstag im Jahre 1900 beschlossen hatte, Jahresberichte über die Tätigkeit des Verbandes zu veröffentlichen.

Unsere Organisation war damit neben dem Buchdruckerverband eine der ersten, die zur alljährlichen Veröffentlichung eines Geschäftsberichts überging und dadurch einen fortlaufenden Lebenslauf über die Entwicklung des Verbandes und seine Tätigkeit gab. Die Jahresberichte sind heute ein unentbehrliches Nachschlagewerk nicht nur für unsere Funktionäre, sondern darüber hinaus für alle diejenigen geworden, die in Beinen und Wirken unseres Verbandes sich einen Einblick zu verschaffen wünschen.

Dieser Feststellung des Vorwortes zum Bericht wünschen wir eine recht dringliche Beachtung, denn es kommt leider noch zu häufig vor, daß Anfragen gestellt werden, die sich beim Studium unserer Jahresberichte von selbst beantworten würden.

Das vergangene Jahr war auch für unseren Verband ein Jahr gut fortschreitender innerer Gefundung. Das zeigt sich zunächst in der

Mitgliederbewegung.

Die — trotz aller Fluktuation — eine gewisse Stabilität erkennen läßt. Von dem in manchen anderen Verbänden auch im Vorjahr noch zu erkennenden Mitgliederrückgang war bei uns wenig zu bemerken. Eine Verringerung der Mitgliederziffer um 551 ist noch zu ertragen, wenn auch naturgemäß eine Steigerung der Mitgliederzahl angesichts der ganzen öffentlichen politischen und wirtschaftlichen Lage das Gegebene hätte sein müssen. Was zum Nachdenken Anlaß geben muß, das ist die Tatsache, daß der Rückgang fast ausschließlich nur unsere männlichen Mitglieder betraf. Es wird schwer halten, einen stichhaltigen Grund für diese Erscheinung zu finden. Ungemein groß ist die Fluktuation, denn den 23 755 Zugängen stehen 24 306 Abgänge gegenüber. Gute und ausdauernde Agitation und vor allem auch die steigende Festigung unserer Wirtschaft werden hier eine Besserung bringen, die gesteigert werden kann durch zweckentsprechenden Ausbau unserer organisatorischen Werbe- und Bindemittel, der Unterstützungseinrichtungen. Wenn diese die Fluktuation auch nicht ganz beseitigen werden, eine wesentliche Einschränkung wird sie schon erfahren. Zum kleinen Teil ist der hohe Abgang auch zurückzuführen auf die strengere Beachtung der statistischen Bestimmungen, die jeden aus unseren Reihen entfernt, der seinen Pflichten nicht nachkommt.

Unser Verband zählte am Jahreschluß

53 943 Mitglieder,

davon 17 500 Kollegen und 36 443 Kolleginnen. Hier zeigt sich die Fortsetzung der schon in früheren Jahren ständig gemachten Erfahrung, daß mit dem ziffermäßigen Anwachsen unseres Verbandes das Ueberwiegen der Kolleginnen immer stärker wird. Am Jahreschluß entfielen auf je 100 Mitglieder 32,4 männliche und 67,6 weibliche. Das Verhältnis von zwei weiblichen zu einem männlichen Mitglied besteht, abgesehen von einigen Schwankungen in der

Zwischenzeit, nunmehr schon seit 10 Jahren und es ist unerkennbar, daß diese Zusammenfassung eine ganz naturgemäße Folge der sozialen Schichtung unseres Berufes ist, in dem die Bevorzugung der weiblichen Arbeitskraft infolge der ausgesprochensten Arbeitsteilung wie kaum in einer anderen Industrie stattfindet. Das muß sich natürlich auch im Organisationsverhältnis auswirken.

Von besonderem Interesse für uns ist die **Branchengliederung.**

Es zeigt sich da, daß die Buchbinderbranche mit fast vier Zehntel unserer Mitglieder noch immer die am stärksten vertretene Branche ist. Mehr als die Hälfte unserer männlichen Mitglieder (9018 oder 51,5 Proz.) zählen zu ihr und 12 199 weibliche Mitglieder. Dann folgt die Kartonnagen- und Lugsustartenbranche mit 3141 Kollegen und 11 182 Kolleginnen. Reichlich der vierte Teil unserer Mitglieder gehören zu dieser. In weitem Abstand folgt dann die Papierwarenarbeiterschaft mit 1206 männlichen und 6062 weiblichen Mitgliedern und die Lugsustartenbranche mit 783 männlichen und 3825 weiblichen organisierten Arbeitsträgern. In den hier genannten Gruppen überwiegt das weibliche Element, wie sich zeigt, ganz bedeutend. Anders bei den übrigen Branchen. In der Kontobuchbranche sind 1738 Männer und 1760 Frauen organisiert. Die Eigenart dieser Branche läßt ein stärkeres Vordringen der Frauenarbeit kaum zu. Das gleiche kann für die Etuisbranche gelten, in der 989 Männer und 1021 Frauen organisiert sind. Die übrigen Gruppen sind von geringerer Bedeutung. Beurteilt nach unserer

Gaugliederung

zeigt sich, daß nach wie vor der Gau Sachsen mit 16 704 Mitgliedern an der Spitze steht. Buchbindereien, Kartonnagenbetriebe und Papierwarenfabriken gaben hier den Ausschlag. Dann folgt der Gau Nordosten mit 7527 Mitgliedern. Gau Württemberg und Baden stellt 5774 Mitglieder, die sich fast gleichmäßig auf die Hauptgruppen unseres Berufes verteilen. Der Gau Hannover mußert 4575 Mitglieder und Gau Hanja 3692. Der erstere stellt zu allen Branchen ein ansehnliches Kontingent, der letztere in der Hauptsache zur Buchbinderbranche. Daneben spielt bei ihm auch die Kartonnagenbranche eine große Rolle. Mehr als 2000 Mitglieder haben die Gaue Hessen-Pfalz mit 2693 Mitgliedern, Magdeburg mit 2553, Nordbayern mit 2259 und Thüringen mit 2252. In allen diesen Gauen ist die Branchengliederung eine recht eingehende. Dann folgt Südbayern mit 1943, Rheinland-Westfalen mit 1673, Schlesien mit 1497 und Rheinland l. d. Rh. mit 1001. Dieser letztere ist der einzige, in dem die Zahl der Kollegen die der Kolleginnen um eine Kleinigkeit überwiegt.

Unser Jahresbericht gibt über die Entwicklung unseres Mitgliederstandes und über die Verteilung derselben nach Branchen und Landesstellen erschöpfende Auskunft. Im vorliegenden ist nur ein kurzer Auszug gegeben, um unsere Mitglieder anzuregen, sich recht ernstlich in den Jahresbericht zu vertiefen. Wer agitatorisch tätig sein will, muß über sein Tätigkeitsfeld genau informiert sein. Das kann er nur, wenn er sich dabei auf das gute Material stützt, das in unseren Jahresberichten zusammengetragen ist.

Entscheidungen zu unseren Reichstarrifverträgen.

Ein neuer Reichstarrifvertrag mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer.

In Nr. 26 der „Buchbinder-Zeitung“ haben wir berichtet, daß die am 10. und 11. Juni mit Vertretern des VDB. in Offenach geführten Verhandlungen zu keinem Ergebnis gekommen waren. Die Unternehmer hatten sich vorbehalten, zunächst erst noch einmal die Gesamtsituation in einer Vorstandsitzung durchzusprechen. Nachdem dies nun geschehen, hatte man uns zu neuen Verhandlungen für den 23. Juni nach Berlin eingeladen. Nach 3 1/2-tägigen Verhandlungen ist es am 26. Juni gelungen, zu einem Vertragsabschluss zu kommen. Der Umstand, daß insgesamt nicht weniger als 5 1/2 Tage verhandelt wurde, zeigt schon, mit welcher Zähigkeit die Parteien um ihre Ziele gestritten haben. Die Unternehmer glaubten, unter gar keinen Umständen einen Neuabschluss tätigen zu können, bei dem nicht ganz wesentliche Vorteile für sie in Betracht kämen. Nachdem man bei den Eisenacher Verhandlungen die Forderung auf Abbau der Ferien bereits aufgegeben hatte, hat man schließlich in den Berliner Verhandlungen auch die Forderung auf Abbau der Feiertagsbezahlung fallen lassen müssen. Mit um so größerer Hartnäckigkeit hat man sich dann aber auf die anderen Positionen geworfen. Stundenlang wurde beispielsweise um die Ziffer 18 getämpft. Zurzeit heißt es darin, daß die Lohnzahlung während der regelmäßigen Arbeitszeit zu geschehen hat. Die Unternehmer forderten nun, es müsse insoweit eine Änderung eintreten, daß es heißt, die Lohnzahlung erfolgt nach Schluß der Arbeitszeit. Diese neue Fassung sei produktiv fördernd, denn bei dem gegenwärtigen Zustand ginge zu viel Arbeitszeit verloren, da Tausende und aber Tausende Arbeitsstunden in Frage kämen. Frei von allen Hemmungen und Bindungen durch den Tarifvertrag war ihre Parole bis zum letzten Augenblick der Verhandlungen. Freiheit in bezug auf die Besetzung der Maschinen und der Entlohnung an den Maschinen wurde als das A und O des ganzen Vertrages erklärt. Daß es unter solchen Umständen überaus schwer war, zu einem erträglichen Ergebnis zu kommen, versteht sich von selbst.

In bezug auf die Arbeitszeit ist es bei dem bisherigen Arbeitszeitabkommen geblieben. Angefügt wurde lediglich, daß die Mehrstunden möglichst gleichmäßig auf die ersten fünf Wochentage zu verteilen sind. In Ziffer 9 heißt es jetzt „am Tage vorher“ statt bisher 2 Tage.

In Ziffer 23 ist es unseren Verhandlern gelungen, einen sehr beachtlichen Erfolg zu erzielen. Es ist zunächst festgelegt, daß der Spitzenlohn für Ledige und Verheiratete gilt, die besondere Verheiratenstaffel ist demnach beseitigt. Sodann ist als weiterer Erfolg zu buchen, daß es gelang, den jungen Gesellen einen höheren prozentualen Anteil vom Spitzenlohn zu verschaffen. Auch die Prozentziffern für Arbeiterinnen mit Ausnahme der Spitze haben eine kleine Besserung erfahren. Es heißt jetzt: Gesellen: a) 65, b) 70, c) 78, d) 87, e) 93, f) 100 Proz. bei Arbeiterinnen unter 16 Jahren heißt es: a) 30, b) 37 1/2 Proz. Bei den ungeübten Arbeiterinnen sind die Prozentzahlen: a) 37 1/2, b) 42 1/2 Proz. Bei den geübten Arbeiterinnen heißt es jetzt: a) 50, b) 55, c) 60 Proz.

Den Hungerriemen enger!

Die von der Regierung eingebrachte kleine Zollvorlage ist im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat beraten worden, sie ist jetzt dem Reichstag zugegangen, der die erste Lesung bereits am 23. Juni begonnen hat. Damit ist der Kampf um die Zollvorlage in sein letztes entscheidendes Stadium getreten. Es ist nötig, auf diese Taktik der Regierung, die Zollgesetze mit allen Mitteln durchzusetzen,

immer wieder hinzuweisen. Obwohl der Reichswirtschaftsrat seit mehr als einem halben Jahre von der Regierung verlangt hat, daß ihm deren Vorschläge zur eingehenden Beratung unterbreitet werden, hat diese die Eröffnung der öffentlichen Diskussion immer wieder hinausgezögert. Erst am 19. Mai ist der Gesetzentwurf dem Reichswirtschaftsrat in vollem Umfange, nämlich einschließlich der wichtigsten Positionen, der Zölle auf Lebensmittel, vorgelegt worden. Gleichzeitig mit dieser verspäteten Vorlage setzte nun aber das schärfste Drängen der Regierung ein, die Beratungen auf das äußerste zu beschleunigen. Wenn auch vor allem durch das energische Vorgehen der Arbeitervertreter in die Beratungen alle nur mögliche Gründlichkeit hineingetragen worden ist, hat die Regierung beim Reichswirtschaftsrat ihre Absicht, die Beratungen sehr abzukürzen, leider erreicht.

Dieselbe Taktik, die Möglichkeiten einer gründlichen Prüfung zu verkürzen, soll nun wieder im Reichstag befolgt werden. Das offensichtliche Bestreben der Regierung, eine solche Prüfung zu verhindern, spricht sehr gegen den sachlichen Wert ihrer Vorlage. Was hier dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft auferlegt werden soll, ist ein System des fast lückenlosen Hochschutzes. Der Zoll ist lückenlos, denn er umfaßt nicht nur die industriellen Fertigfabrikate, sondern auch eine große Reihe von Rohstoffen der Industrie und der Landwirtschaft. Er enthält vor allem auch, was für die Massen der Verbraucher am wichtigsten ist, eine fast lückenlose Belastung aller Lebensmittel,

einschließlich der Hauptnahrungsmittel der ärmsten Klassen der Bevölkerung, Brot, Kartoffeln und Margarine. Und es ist ein ausgesprochenes Hochschutzzoll, denn gegenüber den gewiß schon nicht niedrigen Zöllen der Vorkriegszeit sind in der Regierungsentwurf beträchtliche Erhöhungen, zum Teil Verdoppelungen und Verdreifachungen, vorgesehen, und bei einzelnen Erzeugnissen beträgt der neue Zollsatz sogar das Doppelte der Vorkriegszeit.

Da die Regierung den parlamentarischen Körpern allzuwenig Zeit zur Prüfung der Vorlage gelassen hat und noch weiter zu lassen gedenkt, so sollte man wenigstens annehmen, daß diese Vorlage selbst auf das allergründlichste vorbereitet und daß vor allem die amtliche Begründung, die die Regierung dazu gegeben hat, ein Muster von Sachlichkeit und wissenschaftlicher Gründlichkeit wäre. Es ist jedoch das genaue Gegenteil festzustellen. Wie überaus

dürftig und wissenschaftlich unhaltbar diese Begründung der Regierungsvorlage ist, das zeigt die einmütige Ablehnung, die sie in den Kreisen der Wirtschaftswissenschaften gefunden hat. Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Geheimrat Harms, hat bei seiner Vernehmung vor dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine Meinung darüber klar und hart in dem Satz zusammengefaßt:

„Wissenschaftlich ist diese Vorlage **Matulatur**“, und Professor Beckmann, der Vertreter der Volkswirtschaftslehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn sagte von dieser Begründung, daß sie miserabel ist und daß sie verdient, daß deshalb der Zoll durchfällt.

Das Verschwinden des Index in Oesterreich.

Die österreichischen Gewerkschaften haben ihre Mitglieder aus der paritätischen Indekommission abberufen. Dadurch wurde die Lohnpolitik der Inflationszeit in Oesterreich auch formell beseitigt. Eine falsche Inderechnung verursachte, daß in Oesterreich bei steigender Verteuerung der Lebenshaltung sinkende Indizes festgestellt wurden. Die Monatsmitte war der festgesetzte Termin für die Errechnung; vier

Wir stehen also vor dem Schauspiel, daß das deutsche Volk in einer der wichtigsten Schicksalsfragen, von der die ganze künftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens abhängt, in eine Entscheidung geheißt werden soll, ohne daß man den gefehrenden Körperlichkeiten genügende Zeit zur gründlichen Prüfung läßt, und noch dazu zu einer Entscheidung, die von den Vertretern der Wissenschaft fast übereinstimmend als völlig unsinnig und den Interessen der deutschen Wirtschaft direkt zuwiderlaufend bezeichnet wird. Die warnenden Stimmen der Wissenschaft drohen ungehört zu verhallen. Die Reichsregierung und vor allem der Reichsernährungsminister scheinen vor ihnen keinen allzu großen Respekt zu haben. So besteht die allergrößte Gefahr, daß das deutsche Volk trotz aller Warnungen in einen Abgrund hineinstürzt, daß es sich selbst den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg verbaut und daß vor allem

den Massen der Verbraucher unerträgliche Lasten auferlegt werden, um wenigen Begüterten die Taschen zu füllen, wenn sich nicht noch in letzter Stunde eine entschlossene Macht findet, die sich diesem Treiben entgegenstellt. Nach der ganzen Lage der Dinge ist zu dieser historischen Aufgabe, die, wenn sie gelingt, später einmal als die wirtschaftliche Rettung Deutschlands bezeichnet werden wird, nur eine Klasse berufen und imstande:

die organisierte Arbeiterschaft und die organisierten Massen der Verbraucher.

Sie müssen mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß die von der Regierung immer wieder fabotierte gründliche Prüfung erfolgt. Sie müssen ihre Stimme so kräftig erheben und ihrer Empörung über den beabsichtigten Raubzug mächtiger Großproduzenten einen so machtvollen Ausdruck verleihen, daß sie nicht überhört werden können. Sie müssen vor allem das gesamte Volk und in erster Linie die arbeitenden Massen bis in den letzten Arbeiterhaushalt hinein unermüdlich aufklären. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau muß begreifen lernen, daß es sich um ihre allerpersönlichsten Angelegenheiten handelt, die hier beraten werden und daß sie es sehr bald auf das handgreiflichste am eigenen Leibe und in eigenen Haushalt verspüren werden, wenn sie es jetzt zulassen, daß man über ihren Kopf hinweg die wirtschaftlichen Angelegenheiten

nur nach dem Willen des Großkapitals

in Industrie und Landwirtschaft entscheidet. Welche ungeheuren Werte hier in Frage stehen, wie groß die Summen sind, die die Zollinteressenten bei dieser Gelegenheit zu verdienen gedenken und wie erdrückend die Belastung ist, die dabei auf den einzelnen Haushalt entfällt, das bleibt dem einzelnen in der Regel dunkel. Allein die Agrarzölle, die Zölle auf Brotgetreide und Viehprodukte brachten nach sorgfältigen wissenschaftlichen Berechnungen vor dem Kriege der Landwirtschaft einen Sondergewinn von 1½ Milliarden Mark jährlich. Die Belastung des einzelnen Arbeiterhaushaltes schwankt natürlich je nach der Zahl der Familienangehörigen und je nach dem Einkommen. Und gerade das ist ja das Unsoziale an dieser Belastung, daß sie um so schwerer wird, je kinderreicher die Familie und je geringer ihr Einkommen ist. Denn gerade die Familie mit dem niedrigsten Einkommen muß den größten Teil ihrer Gesamtausgaben auf die unentbehrlichsten Lebensmittel verwenden. Nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit dürfte damit zu rechnen sein, daß die geplanten Lebensmittelzölle den Haushalt einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie mit etwa 150 Mk. jährlich neu belasten werden, einer Extrausgabe, die natürlich an anderen Ausgaben, und wenn sie noch so nötig sind, gewaltfam erspart werden muß.

bis fünf Tage vor der Inderechnung gingen die Preise — und mit ihnen der Index — herunter, um zwei Tage nach der Errechnung wieder in die Höhe zu schnellen. In der Inflationszeit hatte der Index seine Schuldigkeit getan, während der Stabilisierung mußte er einer neuen Lohnpolitik Platz machen. Damit der Krise ist die österreichische Unternehmerschaft stark geworden und das Ende der Indekommission wird den Anfang zäher, heftiger Lohnkämpfe bedeuten.

Die Unternehmer rüsten!

Die großen Aussperrungen im ganzen Reiche und die Geschäftigkeit an allen Ecken und Enden der Regierungsstellen ließen darauf schließen, daß die Arbeitgeberverbände zu einem größeren Schläge auszuholen. Sie bereiten die Öffentlichkeit auf die schweren sozialen Kämpfe der Zukunft vor, durch Presse-notizen, Vorträge und anderes. Bei der Regierung sondieren sie und bereiten auch hier den Boden des Verständnisses vor. Aber zum Kriegsführen gehört ja bekanntlich Geld, Geld und nochmals Geld. Und so ganz rosig scheint es in den Kassen der Unternehmerverbände nicht auszusehen. Erläßt doch der Allgemeine Industrie-Verband in Hamburg einen dringenden Aufruf zur Geldsammlung. Das Schriftstück lautet:

Betrifft Sonderumlage für die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände.

Wir überreichen in der Anlage einen dringenden Aufruf der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände in der Arbeitszeitsfrage mit der Bitte um ganz besondere Beachtung. Die in diesem Rundschreiben geforderte Sonderumlage ist durchaus erträglich; sie muß aber unbedingt geleistet werden, um die Abwehraktion, wie sie in dem Rundschreiben gekennzeichnet ist, einzuleiten und durchführen zu können. Die in dem Rundschreiben aufgeführten Beträge für die Sonderumlage sind als Mindestbeiträge gedacht, und wir bitten diejenigen Firmen, denen es möglich ist, höhere Beträge überweisen zu wollen.

Wir dürfen die Erwartung aussprechen, daß diese angeforderten Beträge uns umgehend auf unser Bankkonto bei der Dresdener Bank in Hamburg überwiesen werden, und zwar unter Anzeige per Postkarte an unsere hiesige Geschäftsstelle. Wir sind gehalten, nach Prüfung der Beitragsleistung durch die einzelnen Firmen den Gesamtbetrag ungekürzt der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände zu überweisen.

Der Kampf gilt der Arbeitszeit. Wie sonderbar, die deutschen Arbeiter arbeiten länger als in den meisten Kulturstaaten und doch wollen die Unternehmer einen Kampf um die Arbeitszeit führen. In dem Rundschreiben wird behauptet, die Unternehmer seien in der Abwehraktion, während sie doch einmüde die der Arbeiterschaft aufgezwungene längere Arbeitszeit erhalten oder den Achtstundentag dort, wo er noch besteht, beseitigen wollen.

Die Unternehmer stärken ihre Kassen. Hieraus erwächst den Arbeitern die dringende Pflicht, ebenfalls ihre Gewerkschaftskassen zu stärken. Die bevorstehenden Kämpfe können um so besser überwunden werden, je mehr die Gewerkschaften finanziell gerüstet sind. Deshalb rufen wir unseren Kollegen und Kolleginnen zu: **Leert von den Unternehmern! Die leisten Sonderumlagen. Gebet hin und tuet desgleichen.**

Wie der Achtstundentag gesichert werden kann.

In Nr. 134 vom 11. Juni ds. Js. schreibt die schwerindustrielle „Industrie- und Handelszeitung“ über den Achtstundentag im Antwerpener Hafen u. a. folgendes:

„Die Bemühungen der belgischen Schiffsahrtsinteressenten, die starren Bestimmungen des Achtstundentaggesetzes für die Arbeit im Hafen von Antwerpen etwas elastischer zu gestalten, sind bisher vergeblich gewesen. Sie scheiterten an der starken Position, die die sozialistische Partei im belgischen Parlament einnimmt. Nach den Gewinnen, die diese Partei bei den letzten Wahlen davongetragen hat, ist die Hoffnung auf eine Milderung des Gesetzes noch mehr geschwunden.“

Aus diesen Zeiten wird ersichtlich, wie wichtig für die Interessenvertretung der Arbeiter eine starke Position der proletarischen Bewegung im Parlament ist. Die deutschen Arbeiter müssen daraus die Lehre ziehen, mehr als bisher die Positionen der Arbeiterklasse im Parlament und in der Wirtschaft, in der sozialdemokratischen Partei wie in den Gewerkschaften durch Disziplin und Geschlossenheit auszubauen.

Der Kongress des AFA-Bundes.

pp. Vom 15. bis 17. Juni wurde in München der 2. AFA-Gewerkschaftskongress abgehalten. Die AFA hat allen Schwierigkeiten der letzten vier Jahre getrotzt und steht heute fester als je da. Der AFA-Bund umfaßt 13 Verbände mit 543 596 Mitgliedern. Im einzelnen gehören an: Dem Zentralverband der Angestellten 223 130, dem Deutschen Werkmeisterverband 160 000, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten 77 040, der Genossenschaft deutscher Bühnennachzügler 11 902, dem Allgemeinen Verband der deutschen Kantangestellten 25 000, dem Polier-, Wert- und Schachtmeisterverband 15 000, der Internationalen Arbeiterliga 6 387, dem Verband deutscher Schiffsingenieure und Seemaschinenisten 4 438, dem Werkmeisterverband der Schuhindustrie 3 740. Weiter gehören dem AFA-Bund an die Zuschneider, Zuschneiderinnen, Direktoren, die Fördermaschinenisten, die Mautiker, Dentisten, land- und forstwirtschaftliche Angestellte.

Dieser 2. Kongress ist als ein Kongress der Konsolidierung anzusprechen. All die Fragen und Probleme, die augenblicklich von höchstem Interesse sind, waren auf dem Kongress Gegenstand der Beratung. Und gleichzeitig wurde dabei zu all den Fragen und Problemen die Einstellung der Organisation zum Ausdruck gebracht.

Zum Geschäftsbericht gelangte eine Reihe von Entschlüssen zur Annahme. Eine Entschlüsselung verlangt zur Arbeitslosenversicherung von Reichsregierung und Reichstag die sofortige Aenderung der unbekannteren Zustände auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge und fordert die umgehende Einbringung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes, das der großen Zahl der Arbeitnehmer, die ohne ihr Verschulden arbeitslos wurden, eine ausreichende und rechtlich gesicherte Unterstützung gewährleistet. Zur Frage der Reichsbahnangelegenheiten wandte sich der Kongress in einer Entschlüsselung entschieden dagegen, daß die Rechte des Eisenbahnpersonals in der neuen Personalordnung erheblich verschlechtert werden. Ferner wurde der Bundesvorstand beauftragt, die Schaffung eines Reichsbühnengesetzes zu beschleunigen. Eine Entschlüsselung zur Frage des Gruben-sicherheitswesens verurteilt das im Bergbau herrschende Antreiber-system und verlangt die sofortige Schaffung eines Reichsberggesetzes. Weiter wurde in einer Entschlüsselung die Entschädigung der Angestellten im Einbruchgebiet verlangt.

In einem Referat über „Die Fortführung der Mängelgesetzgebung“ wurde eine ausführliche Schilderung des augenblicklichen Standes der Mängelgesetzgebung und der schwebenden Lücken der Reichsregierung beim Ausbau dieser Gesetzgebung gegeben. Der Kongress erwartete von dem Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat die Erfüllung folgender Forderungen: Eine Mitgliederzahl des Reichswirtschaftsrates, die allen wirtschaftlich wichtigen Berufsgruppen eine Vertretung sichert; Besonders muß gefordert werden, daß den Angestellten eine ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft gerechtfertigte Vertretung eingeräumt wird.

Ein instruktiver, bedeutungsvoller Vortrag über den neuen Zolltarif und die Handelspolitik war zugleich eine wichtige Demonstration des Protestes und der Anklage gegen die sozialfeindliche und unwirtschaftliche, leichtfertige Zollvorlage der Reichsregierung. Die Lage der deutschen Volkswirtschaft fordert gebieterisch zur Steigerung der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes und Steigerung der Exportfähigkeit. Der AFA-Bund erwartet vom Reichstag, daß er der Regierungsvorlage die Zustimmung verleiht. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, alle zweckdienlichen Mittel in Anwendung zu bringen, um zu verhindern, daß die vitalsten Interessen der schaffenden Volksträfte dem Einem einer Gruppe agrarischer und schwerindustrieller Großkapitalisten zum Opfer gebracht werden. Eine weitere Entschlüsselung fordert beschleunigte Revision der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung der Seeleute.

Als Vorsitzender wurden gewählt: Aufhäuser, Stahr und Urban, als Beisitzer: Amann, Buschmann, Marz, Riedel, Schützer und Schweizer.

Ein weiterer Vortrag behandelte den „Kampf um den Achtstundentag“, der einen ausführlichen Einblick in die passive Haltung der Reichsregierung zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gab. Gefordert wurde die parlamenta-

rische Opposition der SPD. und die Organisierung einer Volksbewegung für den Achtstundentag. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, alle außerparlamentarischen Kräfte in Bewegung zu setzen, um den Achtstundentag zurückzuerobern.

In einem Referat über „Gewerkschaften und Steuerpolitik“ wurde das Geschrei der Unternehmer von den hohen Steuerbelastungen der Industrie widerlegt. Mit der Sozialpolitik des Stillstands müsse Schluß gemacht werden.

Zum Schluß wurde ein Vortrag über „Die demokratische Republik und der soziale Gedanke“ gehalten.

Das Ergebnis des Kongresses ist, daß er sich entschlossen zum freigewerkschaftlichen Programm bekannt hat. Indem er die brennendsten Tagesfragen behandelte und seine Einstellung darüber befandete, zeichnete er sich den Weg vor für die Arbeit der nächsten Jahre. In einmütiger Geschlossenheit befandete der Kongress den Willen zur Tat, zum Kampf. Im Vordergrund aller Erörterungen stand die Juridikerklärung des Achtstundentages. Der ganze Kongress war der Ausdruck der Wiedererstarkung und Neubelebung des Gewerkschaftsgeistes, der Gewerkschaftskraft und -bewegung. Und wenn die Angestellten-schaft treu zur Fahne steht, dann werden die Forderungen des Kongresses, trotz aller Hemmungen, die auftauchen mögen, ihre Verwirklichung finden.

Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage.

Je näher der Verbandstag rückt, desto mehr bewegen die Fragen, die den Verbandstag betreffen, die Gemüter aller wahren Freunde einer starken Organisation. Zwei Kernfragen stehen im Vordergrund, die Beitrags- und die Unterstützungsfrage, die beide einen schweren Kampf entfesseln werden. Ich schreibe voraus, daß ich nicht ein ausgesprochener Gegner bin, diese Fragen zu unterstützen, möchte aber nicht unterlassen, als Kenner unserer Kollegen-schaft, insbesondere unserer weiblichen, einige Worte dazu zu sagen.

Wer die schweren Kämpfe kennt, die eine Beitragserhöhung jeßmal mit sich bringt und die Abwanderungen beobachtet, die jedesmal stattfinden, kann nicht unterlassen, seine warnende Stimme zu erheben. Denen, die berufen sind, darüber zu entscheiden, ist zu sagen: „Spannt den Bogen nicht allzuweit.“ Was alles schon gesagt worden ist zur Begründung einer Beitragserhöhung und der damit verbundenen Erhöhung und Erweiterung der Unterstützungen ist alles ganz schön und gut. Sollen aber alle Pläne nur einigermaßen erfüllt werden, die unseren Führern vor-schweben, dann bedarf es einer ziemlich starken Erhöhung unserer Beiträge. Meiner Ansicht nach müßten diese mindestens an den Vorschlag heranreichen, den im Vorjahr unser Dresdener Kollege Wünsche machte, um nur einigermaßen auch Unterstützungen zu schaffen, mit denen man sich sehen lassen kann. Zu diesem Zweck bedarf es aber einer sehr großen Mehrheit zahlungs-fähiger und zahlungsfreudiger Mitglieder. Glaubt einer unserer Führer, daß diese vorhanden sind? Bei der schweren wirtschaftlichen Lage und der geringen Kaufkraft unseres Geldes, sowie den noch immer nicht genügenden Löhnen halte ich es für sehr schwer, in gegenwärtiger Zeit eine nur 25-prozentige Erhöhung der Beiträge für tragbar zu erklären. Ich bin mir wohl bewußt, daß unsere Löhne noch nicht die schlechtesten sind, stellen wir aber die Löhne der Jugendlichen zum Vergleich, dann weiß man nicht, ob man diese als Lohn oder als Taschengeld bezeichnen soll. Gerade wenn die jungen Leute, die unsrem Nachwuchs darstellen, veranlaßt werden, wegen zu hohen Beitrag der Organisation fernzubleiben, halte ich diesen für einen großen Fehler.

Es wäre sehr angebracht, wenn sich viele unserer Kolleginnen ihrer Organisation gegenüber in bezug auf Zahlung der Beiträge dankbarer zeigen würden. Für alles ist Geld da, aber der Organisation, die für ihre Löhne sorgt, den gebührenden Tribut zu zahlen, halten viele nicht für nötig. Es gibt auch eine ganze Anzahl Kolleginnen, die ihrem Verdienst gemäß wohl in der Lage wären, in eine höhere Beitragsklasse zu zahlen. Leider aber ist immer noch die irrtümliche Meinung vorhanden, daß ein Stundenlohn als Beitrag für genügend angesehen wird. Diese Leute aufzuklären ist fürchterlich schwer, zum Versammlungsbefuch sind sie nicht zu bewegen, zum Leben unseres Verbandsblattes haben sie nicht Zeit, Lust und Interesse. Wie nun solche Leute überzeugen, daß, wenn ein Verband leistungsfähig sein soll, er auch der Mittel dazu bedarf? Ich halte es daher für verfehlt, daß man mit dem Ausbau der Unterstützungen und der Erhöhung der Beiträge beginnen will, ehe man die ab-seitsstehenden Kolleginnen zur Überzeugung gebracht hat, daß eins so notwendig ist, wie das Andere. Wer da glaubt, mit einer solchen Kollegen-schaft einen

Kampf zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage auch nur wagen zu dürfen, wird schwer enttäuscht sein. Gerade die Frauen sind unsere stärksten Gegner. Solange nicht unsere Kollegen-schaft sich anders einstellt und diejenigen mit Verachtung strast, die sich nicht schämen, den Lohn einzufordern, die sie sich nicht erkämpft haben, werden wir noch schwere Kämpfe zu bestehen haben. Es wäre zu begrüßen, wenn der Antrag zur Wirklichkeit würde, daß unsere Arbeitgeber nur organisierte Leute beschäftigen.

Gute Beobachter unserer heutigen Zeit werden nicht verkennen, daß sich nicht nur in unserer Arbeiterschaft, sondern auch im vernünftig denkenden bürgerlichen Lager die Ansicht immer mehr durchringt, daß heute ohne eine starke Organisation nicht mehr auszukommen ist. Warum haben nur diejenigen immer Erfolg, deren Mitglieder fest hinter der Organisation stehen? Wenn heute unsere weibliche Kollegen-schaft gleiche Rechte wie ihre männlichen Kollegen verlangt, dann dürfen sie sich auch nicht weigern, die gleichen Pflichten zu erfüllen. Persönlich muß der Boden beackert werden, die Vertrauensleute können diese Arbeit nicht allein bewältigen. Jedes nur einigermaßen dazu befähigte Mitglied muß mithelfen, die Überzeugung vom Wert der Organisation zum Gemeingut aller zu machen. Mit einer so vorbereiteten Kollegen-schaft hoffe ich, daß auch wir dazu kommen, uns eine gesunde wirtschaftliche Lage zu erringen.

Was die Unterstützung-sfrage betrifft, wird wohl kaum jemand bestreiten, daß diese reformbedürftig wäre. Auch hier wird im besonderen die aus den wohlbekannteren Gründen abgebaute Krankenunterstützung wieder in den Vordergrund gerückt. Wenn nun einmal eine Krankenunterstützung sein muß, dann mögen die Befürworter derselben auch von sich aus die Mittel aufbringen. Wahren wir doch unsern Charakter als Organisation zum Kampf um Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage. Wir sind kein Unterstützungsverein. Wäre es nicht angebracht, um den Anhängern der Krankenunterstützung entgegenzukommen, eine neue Zuschußklasse mit gesondert zu leistenden Beiträgen zu begründen? Auch ein anderer Weg steht noch offen: Mit unserer über ganz Deutschland verbreiteten Zentralkrankenkasse in Verbindung zu treten, um zu erreichen, daß sich auch weibliche Mitglieder dort gegen Krankheit schützen können. Bei den heutigen niedrigen Sätzen des Krankengeldes wird eine Doppelversicherung zur Notwendigkeit. Diese aber aus Kosten der jetzt schon doppelt Versicherten einrichten zu wollen, halte ich verfehlt. Hier heißt es eben zahlen. Wer da will, daß er etwas bekommt, muß auch geben.

Wenn behauptet wird, daß antauschgebaute Unterstützungen auch als Werbemittel dienen, dann muß ich dem entgegenhalten, daß uns solche Mitglieder vom Hals bleiben mögen, die den Verband nur als melkende Kuh betrachten. Was nützt alles Neben, wenn gesagt wird, daß eine wohlgefüllte Kasse unsern Gegnern Respekt einflößen und diese veranlassen wird, unsern Forderungen auf unsere Füllungsbe-rechtigung mehr entgegenzukommen, wenn die Beiträge, die gezahlt werden müssen, als eine drückende Last empfunden werden?

Ich hoffe, daß sich unsere Delegierten nicht mit aller Kraft auf die Erhöhung von beiden, der Unterstützungen und der Beiträge, stürzen werden, sondern auch der Gegenseite Rechnung getragen wird. In der gegenwärtigen Zeit, in der alle Preise wieder steigen, einer Erhöhung der Beiträge auch nur ein Wort zu reden, halte ich für verfehlt. Bauen wir das Bestehende weiter aus, versuchen wir, alle Abtrünnigen wieder zu gewinnen und zahle jeder und vor allem jede den dem Lohn entsprechenden Beitrag, dann werden auch Mittel zur Verfügung stehen, um auch ohne eine Erhöhung der Beiträge unsere Unterstützungen weiter auszubauen.

Dresden.

H. Büttner.

Krankenunterstützung?

Eine der strittigsten Fragen auf dem kommenden Verbandstag wird zweifellos die Wiedereinführung der Krankenunterstützung werden. Dieses Projekt ist für unsere Organisation von so einschneidender und weittragender Bedeutung, daß es wohl der Mühe wert erscheint, in der Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen. Kühl und nüchtern sollen hier kurz die Gründe für und gegen gestreift werden zum Nachdenken und zur Anregung für Alle.

Vom menschlichen und sozialen Standpunkt betrachtet, ist es ohne weiteres zu begrüßen, wenn unsere von Krankheit betroffene Kollegen-schaft einen Verbandszuschuß bekommen kann, zumal die meisten Krankenkassen heute nicht über 60 Proz. des verdienten Lohnes an Krankengeld zahlen. Schwermügend kommt weiter hinzu, daß fast niemand imstande ist, vom Lohn Rücklagen zu machen, so daß durch Krankheitsfälle große Notlage entstehen kann, wenn Doppelversicherung nicht vorhanden ist.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Unsere Delegierten haben sich nun die Fragen vorzulegen: „Ist der Verband imstande, bei erträglichen Beiträgen eine Krankenunterstützung zu zahlen, ohne daß die Stohkraft des Verbandes Schaden leidet?“

Die Gesamtunterstützung betrug für männliche Mitglieder 51 238 Mt., weibliche Mitglieder 47 812 Mt., oder pro Kopf eines männl. Mitgliedes 3,05 Mt., oder pro Kopf eines weibl. Mitgliedes 2,90 Mt.

Es wurde also zurückgezahlt bei einer Beitragsleistung je männliches Mitglied von 32,93 = 3,05 oder rund 10 Proz., je weibliches Mitglied von 12,45 = 2,90 oder rund 25 Proz.

Diese Zahlen zeigen, daß die Belastung der Organisation durch die weiblichen Mitglieder bedeutend stärker ist, als durch die männlichen. Es soll dieses keineswegs ein Vorwurf für die weiblichen Mitglieder sein, aber es ist eine alte Erfahrung in allen Krankenkassen, daß sie vom weiblichen Element reichlicher in Anspruch genommen werden, als wie vom männlichen.

Übertragen wir nun den normalen Stand von 1913 auf die heutigen Verhältnisse, so würde sich ergeben, daß wir einmal durch den Krieg und die Nachwirkungen desselben einen höheren Krankenstand haben würden als in der Vorkriegszeit, was für sich schon eine stärkere Belastung bedeuten würde. Zum anderen kommt hinzu, daß wir heute 17 000 männliche und 36 000 weibliche Mitglieder zählen, also ein Drittel männliche und zwei Drittel weibliche. Wir würden also, vorausgesetzt, daß die Krankheitsfälle die von 1913 nicht übersteigen, eine Jahresausgabe von anstalt 100 000 Mt. im Jahre 1913 eine solche von 160 000 Mt. heute haben, was aber eher zu niedrig geschätzt sein dürfte.

Und nun kommt der springende Punkt. Angemessene Leistung erfordert angemessenen Beitrag. Und hier fürchte ich, daß die Befürworter der Krankenunterstützung nicht so freudig auf den Plan treten werden. Gerade für diejenigen Berufsangehörigen, bei denen wir mit der Krankenunterstützung agieren wollen, nämlich die weiblichen, dürften wir auf starken Widerstand stoßen, wenn als Gegenleistung etwa 20-25 Pf. Beitragserhöhung verlangt wird, und diese Erhöhung für die Krankenunterstützung wäre notwendig.

So wünschenswert für unsere Mitglieder die Einrichtung einer Krankenunterstützung wäre, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, in denen eine Aussperrung und eine Kampfsituation die andere jagt, halte ich sie für verfehlt. Stellen wir uns auf den Standpunkt: Wir freien Gewerkschaften sind in erster Linie Kampforganisationen.

Berichtigung.

In die Abrechnung der Zentralrentenkasse in Nr. 26 der „Buchbinder-Zeitung“ hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, den der aufmerksame Leser schon selbst berichtigt haben wird. Der Prozentsatz der „Sachlichen Verwaltungskosten“ ist dort mit 6,2 angegeben. Es muß richtig heißen: 2,4 Proz.

1. Als Resultat der Delegiertenwahl sind uns die nachstehend benannten Mitglieder als gewählte Delegierte für den Verbandstag in Hamburg von den einzelnen Wahlbezirksvororten gemeldet worden:

- 1. Bezirk: Bytomski, Franz, Berlin, Herzog, Paul, Berlin, Böhmer, Friedrie, Berlin, Imhof, August, Berlin, Kaspar, Peter, Berlin, Roscielnial, Maria, Berlin, Lippold, Alfred, Berlin, Priemer, Emil, Berlin, Schreibart, Minna, Berlin.
2. Bezirk: Lemser, Hugo, Berlin.
3. „ Klar, Ernst, Breslau.
4. „ Hölzel, Emil, Hirschberg.
5. „ Hein, August, Hamburg, Küster, Friedrich, Hamburg, Lange, August, Hamburg.
6. Bezirk: Konradt, August, Hamburg.
7. „ v. d. Reith, Claus, Magdeburg.
8. „ Hannemann, Otto, Luckenwalde.
9. „ Haase, Bruno, Halberstadt.
10. „ Kornacker, Heinrich, Hannover, Pöppfer, Wills, Hannover.
11. Bezirk: Hergt, Heinrich, Bielefeld.
12. „ Wilhelm, Braunschweig.
13. „ Groenhoff, Bernhard, Elberfeld.
14. „ Schwerdtner, Hans, Essen.
15. „ Dreyer, Ludwig, Köln a. Rh.
16. „ Kargl, Hans, Hanau, Meß, Heinrich, Frankfurt a. M.
17. Bezirk: Kircher, Karl, Darmstadt.
18. „ Wächner, Wilhelm, Weimar.
19. „ Silz, Erich, Eilenach.
20. „ Hecht, Friedrich, Altenburg.
21. „ Niering, Paul, Chemnitz.
22. „ Bernhard, Richard, Dresden, Kohl, Valentin, Dresden, Lange, Heinrich, Dresden, Müßle, Wills, Dresden, Scheibe, Moritz, Dresden, Schulze, Margarete, Dresden.
23. Bezirk: Böhme, Artur, Leipzig, Bönnich, Walter, Leipzig, Heide, Karl, Leipzig, Höber, Friedrich, Leipzig.

- Jacob, Anna, Leipzig, Kollich, Artur, Leipzig, Müller, Hermann, Leipzig, Schabacker, Wilhelm, Leipzig, Walther, Max, Leipzig.
24. Bezirk: Fuhrmann, Ernst, Grimma.
25. „ Baum, Paul, Würzen.
26. „ Grummt, Theodor, Annaberg.
27. „ Pfütze, Emil, Chemnitz.
28. „ Drehwald, Wilhelm, Stuttgart, Zender, Karl, Stuttgart.
29. Bezirk: Kleinfnecht, Ludwig, Heilbronn.
30. „ Vogel, Karl, Karlsruhe.
31. „ Dürr, Hans, Lahr.
32. „ — — —
33. „ Herber, Emil, Nürnberg, Kessler, Georg, Nürnberg.
34. Bezirk: Weinsäber, Friedrich, Nürnberg.
35. „ Müller, Adolf, München, Stephan, Georg, München.

Ein Wahleresultat liegt aus dem 32. Bezirk noch nicht vor.

Wahlproteste sind eingegangen gegen die Wahlen im 1. und 20. Bezirk. Die sich hieraus ergebenden Feststellungen sind inzwischen eingeleitet. Mit Bezug auf den 20. Bezirk kann jedoch schon jetzt gesagt werden, daß die durch den Protest beanstandeten Vorgänge in Halle kaum als ausreichend bezeichnet werden können, um deswegen die Wahl für ungültig zu erklären.

2. Karten zur Arbeitslosenstatistik fehlen noch von einigen Zahlstellen. Wir bitten nochmals um umgehende Einsendung der Werkstabenberichte, von denen ebenfalls noch eine Anzahl ausstehen.

3. Der Buchbinder Otto Stehlicke aus Wien hat in Nürnberg Unterstützung zu erreichen versucht unter der Angabe, daß ihm in München seine Ausweis-papiere und seine vom Oesterreichischen Buchbinderverband ausgestellten Auslandskarten gestohlen seien. Die letztere Angabe hat sich als unwahr herausgestellt, weil Stehlicke garnicht Verbandsmitglied ist, weder in Oesterreich, noch in Deutschland.

Wir warnen die Dissoerwaltungen vor diesem dreisten Schwindler. Der Vorstand.

Sterbefafel.

Im Monat Juni sind uns folgende Mitglieder als verstorben gemeldet worden: Berlin. Albin Gessinger, Buchbinder, 60 Jahre, Gehirnschlag.
— Minna Magnus, Buchbinderarbeiterin, 46 Jahre, Freitod.
— Luise Schmidt, Buchbinderarbeiterin, 46 Jahre, Lungenerkrankung.
— Elisabeth Koepen, Buchbinderarbeiterin, 23 Jahre, Bauchleiden.
— Marta Salsinsky, Holzgerin, 41 Jahre.
— Paul Hegel, Buchbinderhilfsarbeiter, 23 Jahre, Freitod.
— Otto Schulze, Buchbinder, 73 Jahre, Herzschlag.
— Emil Gajert, Buchbinder, 65 Jahre, Rauchergiftung.
— Berta Jenter, Buchbinderarbeiterin, 63 Jahre, Herzschlag.
— Alexander Brinmann, Buchbinder, 62 Jahre, Magenkrebs.
— Robert Schid, Buchbinder, 66 Jahre.
— Bernhard Halenleder, Buchbinder, 60 Jahre, Arterienverkalkung.
— Bertha Kundiger, Buchbinderarbeiterin, 25 Jahre.
— Luise Rinze, Buchbinderarbeiterin, 55 Jahre, Freitod.

— Marie Burstian, Lugsapierarbeiterin, 39 Jahre.
Chemnitz. Anna Burthardt, Buchbinderarbeiterin, 35 Jahre, Lungenleiden.
— Emil Schreiber, Kartonnagenzuschneider, 56 Jahre, Magen- und Lungenleiden.
Dortmund. Wilhelmine Jelling, Buchbinderarbeiterin, Herzleiden.
Düsseldorf. Wilhelmine Müller, Buchbinderarbeiterin, 31 Jahre, Herzschwäche.
— Jakob Kaves, Buchbinder, 56 Jahre, Herzensleiden.
— Heinrich Kotte, Buchbinder, 37 Jahre, Lungenleiden.
Eilenberg. Kurt Böhm, Eisarbeiter, 21 Jahre, Lungenleiden.
Hamburg. Nicolaus Appel, Buchbinder, 73 Jahre, Altersschwäche.
— Gustav Heineke, Buchbinder, 53 Jahre, Lungenleiden.
Hannover. Luise Wichmann, Buchbinderarbeiterin, 22 Jahre, Gehirnentzündung.
Leipzig. Max Knospe, Buchbinderhilfsarbeiter, 17 Jahre, Dotation.
Oldenburg. Helene Paradies, Buchbinderarbeiterin, 25 Jahre, Lungenleiden.
Schleiz. Richard Wittig, Buchbinder, 36 Jahre.

Allen ein ehrendes Andenken!